

Fukushima, Dorf Samegawa – Errichtung einer Testanlage zur Verbrennung radioaktiv verstrahlten Abfalls, Standort noch geheim

(25.11.2012 - Tōkyō Shimbun)

Das Umweltministerium hat im Dorf Samegawa in der Präfektur Fukushima mit dem Bau einer Einrichtung zur experimentellen Verbrennung des durch den Atomunfall entstandenen hochgradig radioaktiv verstrahlten Abfalls begonnen. Es heißt, man habe es sich zum Ziel gesetzt, ein Modell für die vielerorts stagnierende Entsorgung von kontaminiertem Reisstroh und Weidegras zu erstellen. Allerdings hat das Dorf nicht einmal seinen Einwohnern den genauen Errichtungsort der Anlage bekannt gegeben und auch die Einwohner der Nachbardörfer äußern sich verunsichert: „Das soll doch sicher zu einer dauerhaften Einrichtung werden!“. (Ideta Ao, Satō Kei)

Baubeginn im Dorf Samegawa, Präfektur Fukushima

„In dieser Gegend war die Kontaminierung vergleichsweise gering. Was soll geschehen, wenn ungeachtet dessen so eine Anlage errichtet wird?“, sorgt sich Wada Naoko (41), deren Haus sich nur ca. 1,5 km von dem für die Anlage geplanten Ort befindet.

Das Dorf Samegawa liegt im Süden der Präfektur Fukushima am Abukuma-Gebirge, das wiederum an der Grenze zur Präfektur Ibaraki liegt. Es ist ein kleines Dorf mit einer Einwohnerzahl von rund 4.000 Personen. Der geplante Ort für den Brennofen liegt an der Südgrenze des Dorfes, in einer Höhe von rund 700 Metern. Dieses Landstück, von dem sich eine sanfte Hügelkette ausbreitet, wurde bisher als Weideland für Mastrinder genutzt. Ich besuchte diesen Ort am Tag vor dem Baubeginn, dem 14. dieses Monats. Es waren große Baumaschinen herbeischafft worden und Angestellte von Baukonzernen begannen mit den Vorbereitungsarbeiten.

Dieser Ort war von einer reichen Natur umgeben und man hatte nicht einmal Handyempfang. „Neulich fing meine Katze ein Kleintier. Zuerst dachte ich, es sei eine Maus. Aber der Schwanz des Tieres war ganz buschig.“, so Wada. Tatsächlich handelte es sich um einen Japanischen Bilch (*Glirulus japonicus*), der landesweit unter Naturschutz steht.

Samegawa liegt in der Nähe des Dorfs Hanawa-chō (Präfektur Fukushima), der Stadt Kita-Ibaraki (Präfektur Ibaraki) und der Stadt Iwaki (Präfektur Fukushima). Wadas Haus liegt zwar in Hanawa-chō, aber der geplante Bauort liegt näher an ihrem Haus als am Zentrum von Samegawa, wo u.a. auch das Rathaus steht.

Nach Angaben des Dorfes begannen die Gespräche über eine solche Anlage im Frühling dieses Jahres. Das Umweltministerium bezeichnet dies als ein „experimentelles Verbrennen von Nebenprodukten aus der Land- und Forstwirtschaft, die radioaktiv verstrahltes Material enthalten“, und hat dem Dorf ebendiese Möglichkeit unterbreitet. Bei den Nebenprodukten aus der Land- und Forstwirtschaft handelt es sich um Stroh, Weidegras, Kuhdung, Kompost und ähnliches.

„Dies ist ein Vorhaben des Umweltministeriums, deshalb konnte die Dorfversammlung keinen Gesetzesantrag stellen. Stattdessen hat das Ministerium bei der Generalversammlung im Juni die Zustimmung von allen 12 Mitgliedern der Ratsversammlung erhalten“, sagte ein Zuständiger des Dorfes. Die Kosten für das Unternehmen betragen 735 Millionen Yen (ca. 6 Mio. Euro). Es ist geplant, innerhalb des 1.600m² großen Geländes einen kleinen Müllverbrennungssofen mit einer Brennkraft von rund 200 kg/h und eine Müllhalde für die Asche fertig zu stellen. Innerhalb eines Zeitraums von 20 Monaten (von Februar nächsten Jahres bis September 2014) ist die Entsorgung von 600 t Abfall geplant. Der „designierte Abfall“, der eine Strahlung von 800 Bq/kg überschreitet, soll dort unter staatlicher Verantwortung entsorgt werden.

Die durch die Verbrennung entstehende Asche verdichtet sich und wird hoch radioaktiv. Für den Fall, dass die Asche einen Wert von 100.000 Bq überschreitet, soll sie in einem Zwischenlager, das laut Umweltministerium in der Präfektur Fukushima neu erreicht werden soll, unter höchsten Sicherheitsbestimmungen aufbewahrt werden.

Zu welchem Zweck wird diese Müllverbrennungsanlage im Dorf Samegawa errichtet?

Ein Verantwortlicher der Abteilung für Maßnahmen zur Müllentsorgung des Umweltministeriums erklärt: „Wir führen ein Experiment zur Verringerung der kontaminierten Asche durch, bei dem der hoch radioaktive Müll vor der Verbrennung mit weniger belastetem Abfall von nicht mehr als 8.000 Bq vermischt wird. Wir wollen beweisen, dass es möglich ist, Abfall auf sicherem Wege zu verbrennen.“

Es heißt, bei der tatsächlichen Verbrennung in der Müllverbrennungsanlage sollen 95% des gesamten Abfalls unter 8.000 Bq liegen.

„Forderung nach öffentlicher Zugänglichkeit der Daten“ „Notwendigkeit der Folgenabschätzung für die Umwelt“

Das Umweltministerium hat jeder Gemeinde die Errichtung einer Anlage zur Verbrennung eben dieses kontaminierten Reisstrohs etc. vorgeschlagen. Aber bis jetzt

hat nur das Dorf Samegawa zugestimmt. Dass fast alle Gemeinden zögern, liegt daran, dass sich eine Opposition der Einwohner der Umgebung nicht vermeiden lässt. Das Ministerium gesteht: „Es gibt bisher kaum Fälle, bei denen land- und forstwirtschaftliche Nebenprodukte von über 8.000 Bq verbrannt wurden, daher haben einige Leute Angst.“

Wada betont die Krisensituation: „Man hat es doch bewusst auf das entvölkerte Dorf Samegawa abgesehen. Weil die Bekanntgabe von Informationen im Dorf nur zögerlich stattfindet, schreitet der Bau ohne Wissen der Lokalbevölkerung voran.“

Tatsächlich hat das Dorf den genauen Standort für das Bauvorhaben nicht veröffentlicht, obwohl er in der Projektbeschreibung, die das Umweltministerium zur Anwerbung von Betreibern für 20 Tage – von Mitte August bis Anfang September – auf seiner Homepage veröffentlicht hat, angegeben wurde. Wada, die durch Bekannte die Projektbeschreibung erhielt, versuchte den Standort beim Dorf zu verifizieren, aber der Zuständige insistierte: „Auf vielfachen Wunsch der Bewohner des Standorts wird die Dorfverwaltung diesen nicht bekannt geben.“ Auch unseren Reportern erhielten die Antwort: „Wird nicht bekannt gegeben“.

Das Dorf gibt an, es habe den Grundstücksbesitzern des geplanten Baugrundes und den Dorfbewohnern im Umkreis von einem Kilometer mit rund 30 Haushalten den Inhalt des Vorhabens erklärt und deren Einverständnis erhalten. Zudem wurde kurz vor Baubeginn Mitte Oktober den restlichen Dorfbewohnern in einer Broschüre das Vorhaben bekanntgegeben. Das Dorf gibt ferner an, acht umliegende Gemeinden informiert zu haben, aber eine direkte Informationsveranstaltung für die Bewohner hat nicht stattgefunden. Erst nach Baubeginn hieß es: „In naher Zukunft wird es eine Informationsveranstaltung geben und weitere für die umliegenden Gemeinden kommen eventuell in Frage.“

Wada empört sich: „Mit Steuergeldern eine öffentliche Einrichtung zu errichten und das ohne öffentliche Darlegung, was soll das? Auch der Projektbeschreibung zufolge sei die Anlage so zu errichten, dass der Eingang (inklusive Schornstein) von der Straße aus nicht zu sehen ist. Ich fand das sehr merkwürdig. Weshalb versuchen sie das so zu verstecken?“

Des Weiteren wird auch die Notwendigkeit des Verbrennens angezweifelt. Das Dorf betont: „Wir haben auch Probleme mit dem üblen Geruch des kontaminierten Reisstrohs“, aber (die Dorfbewohner kritisieren:) „Anstatt durch die Verbrennung hochkontaminierte Asche zu erzeugen, würden wir den Abfall lieber unverändert aufbewahren und ihn in ein Zwischenlager transportieren.“

Nach Angaben des Dorfes sollen auch Bäume, Äste sowie abgefallene Blätter, die

durch die Dekontamination entstehen, verbrannt werden. Während der Staat eine stündliche Strahlendosis in der Luft von über 0,23 μSv für die Dekontaminierung voraussetzt, stagniert die Luftkontamination in diesem Dorf durchschnittlich bei 0,1 μSv . „Ich habe den Verdacht, dass die Dekontamination auf einem unnötigen Level durchgeführt wird, um den Ofen zu errichten“, meint Wada.

Die Mehrheit der Einwohner des kleinen Dorfes kann ihre Stimme nicht öffentlich dagegen erheben. Ein ca. 40-jähriger Mann aus dem Dorf befürchtet: „Uns wird zwar gesagt, dass der Ofen nach Ende der Experimente abgebaut werden soll, aber ich fürchte, dass er in Wirklichkeit zu einer dauerhaften Einrichtung gemacht und in Zukunft womöglich auch noch hoch verstrahlter Abfall von außerhalb des Dorfes aufgenommen werden soll. Was sollen wir tun, wenn radioaktives Material in unser Grundwasser gelangt?“

Ein Mann (67) aus dem benachbarten Hanawa-chō befürchtet: „Wir haben Gemüse angebaut und verkauft, aber durch den Atomunfall haben wir großen Schaden erlitten. Wenn der Brennofen errichtet wird, kann man nicht länger bloß von Schäden durch Gerüchte sprechen, sondern es entstehen tatsächliche Schäden.“

Eine Folgeneinschätzung der Umweltschäden in Luft oder Wasser wurde nicht durchgeführt. Begründet wird das damit, dass der Brennofen von kleinem Format ist und dessen Bau daher „der im Gesetz zur Abfallentsorgung festgelegten Richtlinie nicht entspricht“ (so das Umweltministerium).

Kajiyama Shōzō, der Anwalt und Vorsitzende des „Anwaltnetzwerks, das sich gemeinsam mit der auflehrenden Bevölkerung um Lösungen für das Müllproblem bemüht“: „Wenn schon experimentiert werden soll, dann in einem hermetisch abgeschlossenen Gebäude. Dass dies nicht geschieht, liegt daran, dass geplant ist, dies zu einer permanenten Einrichtung zu machen.“

Der ehemalige Dozent der Shiga-Universität, Sekiguchi Tetsuo, der das geplante Baugelände besichtigt hat, kritisiert: „In diesem Gebiet befindet sich eine weit ausgedehnte Wasserquelle. Sollte an solch einem Ort mit hochgradig radioaktiv verseuchten Material umgegangen werden, dann ist eine Folgenabschätzung für die Umwelt eine Selbstverständlichkeit. Man sollte alle Unterlagen, die sich im Besitz des Staates befinden, öffentlich machen und eine Einschätzung durch Anwohner und Spezialisten erbitten. Der Staat kann unser Vertrauen nie gewinnen, wenn er eine solche Anlage einfach mit der Begründung errichtet, dass das Dorf dem zugestimmt habe.“

[Redaktioneller Vermerk]

Das Dorf Samegawa, das sich über eine Grashügellandschaft erstreckt, ist als ausgesprochen guter astronomischer Beobachtungspunkt bekannt. Es gibt dort sogar das landesweit berühmte und vom Dorf verwaltete Kanotsunodaira-Observatorium. In der Gegend um Tōkyō ist man selbst wegen der Zwischenlagerung der Asche beunruhigt. Umso selbstverständlicher sind die Sorgen bei den Einwohnern, wenn es um die Durchführung der experimentellen Verbrennungen geht. Damit das kleine Dorf nicht zum Opferlamm wird, muss eine Erklärung eingefordert werden. (Kuni)